

Protokoll 57. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 10. Juli 2019, 17.00 Uhr bis 19.28 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Urs Egger (FDP), Simone Hofer Frei (GLP), Thomas Kleger (FDP), Raphael Kobler (FDP), Zilla Roose (SP), Christina Schiller (AL), Natascha Wey (SP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|---------------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | <u>2019/284</u> | * Weisung vom 26.06.2019:
Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Beiträge 2020–2023 | STP |
| 3. | <u>2019/285</u> | * Weisung vom 26.06.2019:
Elektrizitätswerk, Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz für
das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die
Periode 2015–2018 | VIB |
| 4. | <u>2019/290</u> | * Postulat von Zilla Roose (SP) und Nicole Giger (SP) vom
26.06.2019:
Anpassung der Öffnungszeiten der städtischen Sommerbäder
an den Rhythmus und die Wünsche der Bevölkerung | VSS |
| | E | | |
| 5. | <u>2019/291</u> | * Postulat von Sebastian Vogel (FDP) und Dr. Balz Bürgisser
(Grüne) vom 26.06.2019:
Einrichtung eines Spiel- und Pausenplatzes auf dem Abschnitt
Turnerstrasse zwischen Strassenende und Kirche Unterstrass | VTE |
| | E | | |
| 6. | <u>2019/292</u> | * Postulat von Martina Zürcher (FDP) und Raphaël Tschanz
(FDP) vom 26.06.2019:
Verbesserung der Sicherheit der Velofahrenden von der
Duttweilerbrücke Richtung Herdernstrasse | VSI |
| | E | | |
| 7. | <u>2019/293</u> | * Postulat von Elena Marti (Grüne), Katharina Prelicz-Huber
(Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 26.06.2019:
Umbenennung des Platzes zwischen der Langstrasse 216 und
230 in Emilie-Lieberherr-Platz | VSI |
| | E | | |

- | | | | |
|-----|--|--|-----------|
| 8. | <u>2019/294</u> *
E | Postulat von Elena Marti (Grüne), Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden vom 26.06.2019:
Benennung von neuen Strassen und Plätzen nach Frauen | VSI |
| 9. | <u>2019/295</u> *
E | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 26.06.2019:
Reduzierung der Anzahl Auto-Parkplätze der Schule Allmend für mehr Grünfläche und Freiraum | VSS |
| 10. | <u>2019/152</u> *
A/P
** | Motion von Brigitte Fürer (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 17.04.2019:
Pflicht zur Realisierung von einem Drittel subventionierter Wohnungen pro Baufeld bei Gewährung eines Baurechts auf dem Areal Thurgauerstrasse West | FV |
| 11. | <u>2018/155</u> | Weisung vom 18.04.2018:
Schul- und Sportdepartement, Volksinitiative «Sportstadt Züri», Ablehnung | VSS |
| 12. | <u>2019/174</u> | Weisung vom 08.05.2019:
Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2019 | STR |
| 13. | <u>2019/240</u> | Weisung vom 05.06.2019:
Finanzdepartement, Tertialberichte I-2019 zu den Globalbudgets | STR |
| 14. | <u>2018/370</u> | Weisung vom 26.09.2018:
Stadtentwicklung Zürich, Verein «ZGF – Zürich Game Festival», Beiträge 2020–2024, Weiterführung und Erhöhung | STP |
| 15. | <u>2018/473</u> | Weisung vom 05.12.2018:
Sozialdepartement, Bericht zum Betrieb und Grundschulunterricht der Kinder und Jugendlichen im Bundesasylzentrum Duttweiler-Areal, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse | VS
VSS |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

1491. 2019/206 Ratsmitglied Pablo Büniger (FDP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Pablo Büniger (FDP 7+8) auf den 11. Juli 2019 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

1492. 2019/199**Postulat von Peter Anderegg (EVP) und Ernst Danner (EVP) vom 15.05.2019:
Teilweise Entsiegelung und stärkere Begrünung des Leutschenbachparks in
Zürich-Seebach**

Peter Anderegg (EVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 21. August 2019 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1493. 2019/325**Erklärung der SVP-Fraktion vom 10.07.2019:
Aktion der Klimaaktivisten am Paradeplatz**

Namens der SVP-Fraktion verliest Stephan Iten (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Illegaler Aktivismus am Paradeplatz

Am Montag 8. Juli 2019 haben militante Aktivisten die Eingänge der Grossbank Credit Suisse in Zürich und diejenigen des Hauptsitzes der UBS in Basel blockiert. Ein Grossaufgebot der Polizei hat mit den Aktivisten über den Abzug verhandelt. Diese haben die gestellten Ultimaten aber verstreichen lassen, sodass die Polizei Gewalt anwenden und die Aktivisten wegtragen musste.

Es ist offensichtlich noch nicht genug, wenn ganze Schülerklassen vor dem Rathaus in Sachen Klimawandel demonstrieren. Nun muss das Thema auch am Paradeplatz hochgekocht werden und die Banken eignen sich in den Augen der Klimaaktivisten hervorragend als Prügelknaben. Diesen wird nun vorgeworfen, dass die Banken Kredite für Kohle- Öl- und Gasprojekte vergeben, was die Klimaaktivisten nicht mehr dulden wollen.

Mit der Brechstange soll nun eine neue Energiepolitik erzwungen werden, die breite Bevölkerungsschichten der Schweiz in Arbeitslosigkeit und Armut versetzen wird mit dem heute oft gehörten Argument, die Schweiz könne sich dies als reiches Land leisten. Die direkte Demokratie der Schweiz darf durch radikalisierte Aktivistengruppen nicht ausgehebelt werden, sondern die Mehrheit der Stimmbürger wird die Marschrichtung der Klimamassnahmen unabhängig von diesen illegalen Aktionen bestimmen.

Die SVP fordert alle politischen Parteien auf, sich von solchen schädlichen und illegalen Aktionen zu distanzieren und den politischen Dialog im gesetzlichen Rahmen zu führen.

1494. 2019/326**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 10.07.2019:
Aktion der Klimaaktivisten am Paradeplatz**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Kunz (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Nicht die Blockade ist der Skandal

Der neueste Report «Banking on Climate Change» zeigt, dass die Credit Suisse und die UBS von 2016 bis 2018 zusammen rund 83,3 Milliarden US-Dollar zur Finanzierung von fossilen Brennstoffen zur Verfügung stellten. Auf die Bevölkerung der Schweiz im Jahr 2017 heruntergebrochen, entspricht das klimaschädliche Engagement der Grossbanken rund 9800 US-Dollar pro Kopf. Das ist mehr als in jedem anderen Land.

Die Klima-Allianz Schweiz, eine Vereinigung von über 70 Organisationen, kritisiert die Nationalbank scharf: «Die Schweizerische Nationalbank befördert eine katastrophale Temperaturerwärmung von 4-6 Grad. Ihre Aktienanlagen sind für mehr als den jährlichen CO₂-Ausstoss der gesamten Schweiz verantwortlich.»

Solche und viele weitere Nachrichten zeigen: Jeder Franken, den wir einer Bank anvertrauen, wirkt sich auf Umwelt und Gesellschaft aus. Das gilt auch für Bankkredite. Falls diese in fossile Projekte investiert sind, schädigen sie das Klima und zerstören die Umwelt.

Klimaexperte Patrick Hofstetter vom WWF Schweiz sagt: «Der Schweizer Finanzplatz finanziert Emissionen im Umfang von 1100 Millionen Tonnen CO₂ mit. Damit steht die Schweiz ungefähr auf Platz sechs der Länder mit den höchsten Emissionen.» Zum Vergleich: 2017 wurden in der Schweiz aufgerundet 50 Mio. Tonnen Treibhausgase ausgestossen, also rund 22 mal weniger.

Die Investitionspolitik von Banken und weiteren Kreditinstituten ist also extrem klimarelevant. Das haben viele Versicherungen schon gemerkt und ihre Investments im fossilen Bereich heruntergefahren. Auch die Pensionskassen sind einen Schritt weiter, nicht nur, aber auch diejenige der Stadt Zürich. Bloss unsere Grossbanken UBS und CS wollen sich nicht bewegen. Zwar gesteht die CS ihre Pflicht, etwas gegen den Klimawandel beizutragen, durchaus ein. Aber an ihrer Investitionspraxis will sie dennoch nichts ändern.

Daher können die Grünen Stadt Zürich nichts Verwerfliches daran finden, wenn Klima-Aktivistinnen und –aktivisten eine friedliche Blockade der CS-Eingänge veranstalten, um auf die genannten skandalösen Zustände aufmerksam zu machen. Wer sich darüber aufregt, sei darauf hingewiesen: Einmal mehr werden dabei TäterInnen und Opfer verwechselt. Wer auf das klimaverwundende Geschäftsmodell von Banken aufmerksam macht, ist nur der Überbringer der schlechten Nachricht. Wir Grünen regen uns über die Nachricht auf, nicht über den friedlichen Protest.

Wir verstehen in diesem Sinne auch nicht, warum die Polizei mit derart vielen Einsatzkräften vor Ort war und warum die Staatsanwaltschaft die Verhafteten derart lange im Gefängnis behält. Das ist für uns nicht mehr verhältnismässig. Das Muster ist seit Jahrzehnten dasselbe in Zürich: Ein ungestörter Geschäftsgang wird als wichtiger eingestuft als der legitime Protest gegen destruktive Geschäftsmodelle. Das Business schlägt die Meinungsfreiheit. Die Polizei ist gut beraten, im Hinblick auf weitere absehbare Aktionen zu überlegen, wie sie künftig reagieren will. Und der Stadtrat soll sich überlegen, wie er seinen Einfluss auf die Grossbanken geltend machen kann. Die eigentlichen Skandalverursacher müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

G e s c h ä f t e

1495. 2019/284

Weisung vom 26.06.2019:

Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Beiträge 2020–2023

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 8. Juli 2019

1496. 2019/285

Weisung vom 26.06.2019:

Elektrizitätswerk, Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz für das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die Periode 2015–2018

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 8. Juli 2019

1497. 2019/290

Postulat von Zilla Roose (SP) und Nicole Giger (SP) vom 26.06.2019:

Anpassung der Öffnungszeiten der städtischen Sommerbäder an den Rhythmus und die Wünsche der Bevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Andreas Kirstein (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1498. 2019/291

Postulat von Sebastian Vogel (FDP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 26.06.2019:

Einrichtung eines Spiel- und Pausenplatzes auf dem Abschnitt Turnerstrasse zwischen Strassenende und Kirche Unterstrass

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1499. 2019/292

Postulat von Martina Zürcher (FDP) und Raphaël Tschanz (FDP) vom 26.06.2019: Verbesserung der Sicherheit der Velofahrenden von der Duttweilerbrücke Richtung Herdernstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Davy Graf (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1500. 2019/293

Postulat von Elena Marti (Grüne), Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 26.06.2019: Umbenennung des Platzes zwischen der Langstrasse 216 und 230 in Emilie-Lieberherr-Platz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1501. 2019/294

Postulat von Elena Marti (Grüne), Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden vom 26.06.2019:

Benennung von neuen Strassen und Plätzen nach Frauen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1502. 2019/295

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 26.06.2019:

Reduzierung der Anzahl Auto-Parkplätze der Schule Allmend für mehr Grünfläche und Freiraum

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1503. 2019/152

Motion von Brigitte Fürer (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 17.04.2019: Pflicht zur Realisierung von einem Drittel subventionierter Wohnungen pro Bau-feld bei Gewährung eines Baurechts auf dem Areal Thurgauerstrasse West

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Gabriele Kisker (Grüne) vom 3. Juli 2019 (vergleiche Beschluss-Nr. 1456/2019)

Die Dringlicherklärung wird von 68 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1504. 2018/155

Weisung vom 18.04.2018:

Schul- und Sportdepartement, Volksinitiative «Sportstadt Züri», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Sportstadt Züri» vom 12. September 2017 wird abgelehnt.

Referentin zur Vorstellung des Antrags: Ursula Näf (SP)

Antrag auf Ausarbeitung eines Gegenvorschlags

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt:

Die Kommission arbeitet einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» aus. In Übereinstimmung mit §131 GPR in Verbindung mit § 65 a Abs. 2 und 3 VPR verlängert sich die Frist damit auf 29 Monate.

Begründung:

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 878/2017 hat der Stadtrat die Initiative für gültig erklärt und stellt Antrag an den Gemeinderat, die Initiative abzulehnen. Der Gemeinderat hat gemäss § 65a Abs. 2 VPR in Verbindung mit §131 Abs. 4 und § 155 GPR innert 23 Monaten nach Einreichung der Initiative über Zustimmung oder Ablehnung zu entscheiden. Die Weisung mit dem Antrag des Stadtrats wurde der SK PRD/SSD am 23. Mai 2018 zugewiesen. Die Beratung wurde daraufhin aufgenommen. Erst auf den 2. Oktober 2018 war es möglich, usanzgemäss eine Delegation des Initiativkomitees in die Kommission einzuladen. Gestützt auf diesen Austausch und die Darlegungen des Stadtrats bekundeten mehrere Fraktionen die Absicht, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Im Hinblick darauf wurden – zuletzt im April 2019 – noch einmal substantielle Abklärungen durch Mitglieder der Kommission getroffen. Ein Gegenvorschlag wird nun in Bälde behandlungsreif sein, allerdings läuft die Frist für den Beschluss im Gemeinderat über die Initiative nur bis zum 17. August 2019. Um den Gegenvorschlag zum Abschluss zu bringen und die Fristen einzuhalten, gilt es nun den vorliegenden Antrag zu stellen. Stimmt der Gemeinderat ihm zu, verlängert sich die Behandlungsfrist auf 29 Monate.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags auf Ausarbeitung eines Gegenvorschlags.

Mehrheit:	Ursula Näf (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Patrik Maillard (AL), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Christian Huser (FDP)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP), Simone Hofer Frei (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Kommission arbeitet einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» aus. In Übereinstimmung mit §131 GPR in Verbindung mit § 65 a Abs. 2 und 3 VPR verlängert sich die Frist damit auf 29 Monate.

Mitteilung an den Stadtrat

1505. 2019/174**Weisung vom 08.05.2019:****Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2019**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2019 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Nachtragskredite I. Serie bewilligt:

Erfolgsrechnung	Betrag
1. Nachtragskredite	19 896 000
2. Kreditübertragungen	+15 156 700
	–16 559 200
Nachtragskredite brutto	18 493 500

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Betrag
1. Nachtragskredite	49 496 400
2. Kreditübertragungen	+9 894 900
	–8 492 400
Nachtragskredite brutto	50 898 900

Investitionsrechnung Finanzvermögen	Betrag
1. Nachtragskredite	250 000
2. Kreditübertragungen	–
Nachtragskredite brutto	250 000

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

in der Erfolgsrechnung	Betrag
– den Nachtragskrediten von	19 896 000
– den Kreditübertragungen von	+15 156 700
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
– verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	–16 559 200
– Minderaufwendungen / Mehrerträge aus den Nachtragskrediten von	–6 589 400
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von	11 904 100

in der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Betrag
– den Nachtragskrediten von	49 496 400
– den Kreditübertragungen von	+9 894 900
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–8 492 400
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	50 898 900

in der Investitionsrechnung Finanzvermögen	Betrag
– den Nachtragskrediten von	250 000
– den Kreditübertragungen von	–
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	250 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Raphaël Tschanz (FDP) die Weisung zu den Nachtragskrediten I. Serie 2019 vor.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite I. Serie 2019 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zur Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

2.1 Ordentliche Nachtragskredite

S. 3	20 2000 3010 00 000	Finanzdepartement Finanzdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
1)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	55 300		Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Verbesserung	55 300			
	Begründung	Reallokation der vorhandenen Ressourcen			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 4	20 2021 3010 00 000 3050 00 000 3052 00 000 3053 00 000	Finanzdepartement Liegenschaften Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten AG-Beiträge an Pensionskassen AG-Beiträge Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen			
2)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	191 100		Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Verbesserung	191 100			
	Begründung	Reallokation der vorhandenen Ressourcen in Verbindung mit Repriorisierung der vorhandenen Aufgaben			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 11	40 4015 3010 00 000 3042 00 000 3050 00 000 3052 00 000 3053 00 000 3054 00 000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Verpflegungszulagen AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten AG-Beiträge an Pensionskassen AG-Beiträge Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen AG-Beiträge an Familienausgleichskasse		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	184 400	Mehrheit	Dorothea Frei (SP), Referentin; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Verbesserung	184 400		
	Begründung	Reallokation der vorhandenen Ressourcen in Verbindung mit Repriorisierung der vorhandenen Aufgaben		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 15	50	Schul- und Sportdepartement			
	5010	Schulamt			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
	3050 00 000	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten			
	3052 00 000	AG-Beiträge an Pensionskassen			
	3053 00 000	AG-Beiträge Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen			
	3054 00 000	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse			
4)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	4 518 300		Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
	Neu	2 638 800		Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Verbesserung	1 879 500			
	Begründung	Begrenzung des stetigen Betreuungsausbaus an den Regelschulen (18 Stellenwerte Regelschulen Fr. 1 577 800; plus Sozialabgaben Fr. 301 700)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
 Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2019 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Nachtragskredite I. Serie bewilligt:

Erfolgsrechnung	Betrag
1. Nachtragskredite	19 896 000
2. Kreditübertragungen	+15 156 700 –16 559 200
Nachtragskredite brutto	18 493 500

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Betrag
1. Nachtragskredite	49 496 400
2. Kreditübertragungen	+9 894 900 –8 492 400
Nachtragskredite brutto	50 898 900

Investitionsrechnung Finanzvermögen	Betrag
1. Nachtragskredite	250 000
2. Kreditübertragungen	–
Nachtragskredite brutto	250 000

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

in der Erfolgsrechnung	Betrag
– den Nachtragskrediten von	19 896 000
– den Kreditübertragungen von	+15 156 700
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
– verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	–16 559 200
– Minderaufwendungen / Mehrerträge aus den Nachtragskrediten von	–6 589 400
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von	11 904 100

in der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Betrag
– den Nachtragskrediten von	49 496 400
– den Kreditübertragungen von	+9 894 900
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–8 492 400
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	50 898 900

in der Investitionsrechnung Finanzvermögen	Betrag
– den Nachtragskrediten von	250 000
– den Kreditübertragungen von	–
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	250 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 17. Juli 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1506. 2019/240

Weisung vom 05.06.2019:

Finanzdepartement, Tertialberichte I-2019 zu den Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Tertialberichte per 30. April 2019 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
 Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
 Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 95 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Tertialberichte per 30. April 2019 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. Juli 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1507. 2018/370

Weisung vom 26.09.2018:

Stadtentwicklung Zürich, Verein «ZGF – Zürich Game Festival», Beiträge 2020–2024, Weiterführung und Erhöhung

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein «ZGF – Zürich Game Festival» wird für die Ausrichtung des Festivals «Ludicrous» ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 100 000.– für die Jahre 2020–2024 bewilligt. Der Beitrag für die Jahre 2021–2024 steht unter dem Vorbehalt, dass sich die Kulturstiftung Pro Helvetia in diesem Zeitraum ebenfalls mit einem Beitrag in Höhe von Fr. 100 000.– pro Jahr beteiligt.
2. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 Prozent kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 Prozent kürzen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Maya Kägi Götz (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein «ZGF – Zürich Game Festival» wird für die Ausrichtung des Festivals «Ludicrous» ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 100 000.– für die Jahre 2020–2024 für das Jahr 2020, Fr. 90 000.– für das Jahr 2021, Fr. 80 000.– für das Jahr 2022, Fr. 70 000.– für das Jahr 2023, Fr. 60 000.– für das Jahr 2024 bewilligt. Der Beitrag Die Beiträge für die Jahre 2021–2024 steht stehen unter dem Vorbehalt, dass sich die Kulturstiftung Pro Helvetia in diesem Zeitraum ebenfalls mit einem Beitrag Beiträgen in mindestens derselben Höhe von Fr. 100 000.– pro Jahr beteiligt.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Muammer Kurtulmus (Grüne), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Yasmine Bourgeois (FDP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Christian Huser (FDP), Referent; Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP)
Minderheit:	Muammer Kurtulmus (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Patrik Maillard (AL)
Enthaltung:	Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Referent; Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein «ZGF – Zürich Game Festival» wird für die Ausrichtung des Festivals «Ludicrous» ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 100 000.– für die Jahre 2020–2024 bewilligt. Der Beitrag für die Jahre 2021–2024 steht unter dem Vorbehalt, dass sich die Kulturstiftung Pro Helvetia in diesem Zeitraum ebenfalls mit einem Beitrag in Höhe von Fr. 100 000.– pro Jahr beteiligt.
2. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 Prozent kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 Prozent kürzen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 17. Juli 2019 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 16. September 2019)

1508. 2018/473**Weisung vom 05.12.2018:****Sozialdepartement, Bericht zum Betrieb und Grundschulunterricht der Kinder und Jugendlichen im Bundesasylzentrum Duttweiler-Areal, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Vom Bericht zum Betrieb und Grundschulunterricht der Kinder und Jugendlichen im Bundesasylzentrum Duttweiler-Areal wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2016/139, von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Muammer Kurtulmus (Grüne) vom 20. April 2016 betreffend Menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal, wird als erledigt abgeschrieben.
3. Der Dispositivpunkt B3 der Weisung, GR Nr. 2016/403, «Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass ihm der Stadtrat rechtzeitig – mindestens 9 Monate vor Inbetriebnahme des Bundesasylzentrums – einen Bericht vorlegt, der aufzeigt, wie ermöglicht werden kann, dass der BAZ-Schulbetrieb in separaten Aufnahmeklassen in einer öffentlichen Schule stattfinden kann.», wird als erfüllt zur Kenntnis genommen.
4. Das Postulat, GR Nr. 2017/78, von Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Michael Kraft (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 29. März 2017 betreffend Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal, Ausarbeitung eines Betriebskonzepts und einer Hausordnung nach liberalen und offenen Kriterien sowie mit einer lokalen Gestaltungsfreiheit, wird als erledigt abgeschrieben.
5. Das Postulat, GR Nr. 2017/79, von Mathias Manz (SP) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) vom 29. März 2017 betreffend Büros im Verwaltungstrakt des Bundesasylzentrums auf dem Duttweiler-Areal, primäre Nutzung durch die Rechtsvertretung der Asylsuchenden, wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne)

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 58, Beschluss-Nr. 1508/2019).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1509. 2019/327**Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 10.07.2019:****Gleichstellung der Videoüberwachungen mit und ohne Aufzeichnung, Anpassung der Reglemente und der städtischen Datenschutzverordnung (DSV)**

Von der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion ist am 10. Juli 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die städtischen Reglemente und die städtische Datenschutzverordnung (DSV) so anzupassen und zu ergänzen, dass die Videoüberwachung ohne Aufzeichnung der Videoüberwachung mit Aufzeichnung grundsätzlich gleichgestellt wird. Dies gilt auch für die Kennzeichnung der Kameras.

Begründung:

Der Datenschutzbeauftragte der Stadt Zürich weist in seinem Bericht zum Jahr 2018 darauf hin, dass in der DSV nur von Videoüberwachung die Rede ist. Er plädiert für eine Trennung nach ohne Aufzeichnung und mit Aufzeichnung, da aus seiner Sicht die Videoüberwachung ohne Aufzeichnung harmlos ist. Er fordert einen klaren Auftrag des Gesetzgebers, in diesem Fall der Gemeinderat, wie damit umzugehen ist. Er weist ebenfalls darauf, dass der Gesetzgeber wohl einen pragmatischen Umgang angestrebt hat.

Aus Sicht der Motionäre ist die Gleichbehandlung aller Reglemente, sowie der Videoüberwachung mit und ohne Aufzeichnung anzustreben. Darum soll auch die Videoüberwachung ohne Aufzeichnung auf städtischer Ebene analog der Videoüberwachung mit Aufzeichnung reglementiert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1510. 2019/328

Motion von Stephan Iten (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 10.07.2019: Verschiebung der Baulinie bei der Zehntenhausstrasse 8 um 5 Meter ostwärts für eine normgerechte Verbindung

Von Stephan Iten (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 10. Juli 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Baulinie bei der Zehntenhausstrasse (Höhe Hausnummer 8) um mindestens 5 Meter ostwärts zu verschieben, um so Raum für eine normgerechte Verbindung zu schaffen. Die Baulinie auf der westlichen Strassenseite soll gemäss heutiger Linienführung belassen werden. Die Verbreiterung dieses Strassenabschnittes hat spätestens mit dem Bau der Tramlinie Affoltern zu erfolgen. Weiter soll dem Gasthof Löwen ausreichend Platz für eine Aussenbestuhlung geschaffen werden.

Begründung:

Für die Fussgänger ist das Trottoir an der Zehntenhausstrasse 8 sehr eng und zu nahe an der Strasse. Für Rollstuhlfahrende ist es gar unmöglich, von der Busstation Zehntenhausplatz auf dem direkten Weg in den Quartierkern zu gelangen. Ebenso ist es heute unmöglich, Velofahrende sicher durch diesen Abschnitt zu führen. Auch die Busse kommen bei diesem Flaschenhals nicht aneinander vorbei. Da mit dem Tram Affoltern der Verkehr nach Höngg über die Riedenhaldenstrasse und die Zehntenhausstrasse umgeleitet werden soll, muss auch die Strassenbreite den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Um sämtliche Normen so gut als möglich zu erfüllen, soll östlich mindestens fünf Meter Raum geschaffen werden. Ob das Zehntenhaus dabei verschoben, rückgebaut oder teilweise rückgebaut wird, ist dem Stadtrat überlassen.

Für den Gasthof Löwen soll Platz für eine Aussenbestuhlung geschaffen werden, um den Abriss des Restaurants Frieden, welches für das allfällige Tram Affoltern weichen müsste, wenigstens teilweise zu kompensieren.

Mitteilung an den Stadtrat

1511. 2019/329

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019: Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg

Von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 10. Juli 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der Park zwischen Badenerstrasse und Zweierstrasse den Namen Rosa-Luxemburg-Park erhalten kann.

Begründung:

Rosa Luxemburg (1871-1919) ist eine zentrale Figur der europäischen Bewegung der Arbeitenden, des Antimilitarismus, des Marxismus und des proletarischen Internationalismus. Neun Jahre lang, von 1889 bis 1898, lebte Rosa Luxemburg in Zürich, bevor sie in Berlin zur Anführerin der deutschen Bewegung der Arbeitenden wurde. In Zürich studierte Rosa Luxemburg an verschiedenen Fakultäten, bevor sie ihr Studium der Volkswirtschaftslehre abschloss und eine Dissertation zum Thema «Die industrielle Entwicklung Polens» schrieb.

Während ihrer Jahre in der Schweiz war Rosa Luxemburg politisch aktiv. Sie publizierte zusammen mit ihrem Lebenspartner, den sie in Zürich kennenlernte, Schriften gegen Imperialismus und Militarismus und gab die polnische marxistische Zeitschrift "Sprawa Robotnicza" ("Sache der Arbeiter") heraus. Im August 1893 sprach sie auf dem III. Internationalen Kongress der Arbeitenden in Zürich vor einem grossen Publikum und begeisterte die Massen mit ihrem Redetalent mit einer Rede, in welcher sie für das Recht ihrer eigenen Zulassung am Kongress plädierte. Emotional blieb Rosa Luxemburg der Stadt Zürich verbunden. Auch nach ihrer Auswanderung nach Berlin sprach sie über die schönen Jahre, die sie im «heiteren, gottbegnadeten Zürich» verbracht hatte.

Rosa Luxemburg wurde vor 100 Jahren zusammen mit ihrem Parteikollegen Karl Liebknecht in Berlin ermordet. In der Stadt Zürich gibt es bis dato keine Strasse und keinen Platz, welche an die Anwesenheit dieser wichtigen Persönlichkeit in unserer Stadt erinnern würde. Einzig eine kaum lesbare Tafel bezeugt – ohne Nennung ihres Wirkens und ihrer Arbeiten –, dass Rosa Luxemburg in Zürich lebte.

Im Jahr ihres 100. Todestags wäre es angezeigt, dass die Stadt Zürich diese historische Unachtsamkeit korrigiert. Auch wenn Rosa Luxemburg selbst nicht in diesem Quartier lebte, steht ausser Diskussion, dass ein Park im historischen Arbeitendenquartier der beste Ort für die Erinnerung an diese historische Figur darstellt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Motionen und das Postulat werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1512. 2019/330

Schriftliche Anfrage von Duri Beer (SP), Barbara Wiesmann (SP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019:

Errichtung eines «Züri Modular Pavillon» auf der Rasenfläche der Schulanlage Küngenmatt, Entwicklung des Raumprogramms für diese Fläche und Kriterien für deren Nutzung sowie Beurteilung der Umsetzbarkeit einer zweiten Ausseneisfläche während der Wintermonate für das Sportzentrum Heuried

Von Duri Beer (SP), Barbara Wiesmann (SP) und 5 Mitunterzeichnenden ist am 10. Juli 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Herbst 2014 hat die Zürcher Bevölkerung einem Objektkredit von rund 81 Millionen Franken für die Erneuerung des Sportzentrums Heuried zugestimmt. Aus Kostengründen wurde u.a. auf die Überdachung des bestehenden Aussenfeldes sowie auf ein zweites aussen liegendes Eisfeld verzichtet. Es ist bekanntlich vorgesehen, dass in absehbarer Zeit auf der angrenzenden Rasenfläche der Schulanlage Küngenmatt ein zusätzlicher «Züri Modular Pavillon» aufgestellt wird, die entsprechenden Profile wurden kürzlich auf der Wiese platziert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie wird die Fläche des ehemaligen zweiten aussen liegenden Eisfeldes seit der Eröffnung im Herbst 2017 genutzt? Wie ist die Ausnutzung der Nutzungskapazitäten?
2. Welches Raumprogramm ist inskünftig für diese Fläche vorgesehen? Wie wurde dieses Raumprogramm entwickelt?
3. Haben Quartier- oder Sportvereine Ansprüche zur Nutzung der Fläche geltend gemacht? Wenn ja, welche und mit welcher Begründung? In welchem Zeitpunkt wurde dieser Bedarf der jeweiligen Vereine geltend gemacht?
4. Nach welchen Kriterien entscheidet das Schul- und Sportdepartement über die Ausgestaltung der künftigen Nutzung?
5. Nach welchen Kriterien nimmt der Stadtrat eine Priorisierung der Interessen vor?

6. Wie wird die Reduktion der Rasenfläche, die durch das Aufstellen von Schulpavillons auf dem Areal des Schulhauses Künzenmatt entsteht, kompensiert?
7. Welche Räume werden den bisherigen Nutzern der Rasenfläche des Schulhauses Künzenmatt aufgrund der Nutzung durch den ZM-Modulpavillon zur Verfügung gestellt? Wie wurden diese Massnahmen erarbeitet? Falls seitens des Schul- und Sportdepartements keine alternativen Möglichkeiten vorgeschlagen wurden, weshalb wurden keine Alternativen angeboten?
8. Hat sich der Stadtrat beim Entscheid aus Kostengründen auf ein zweites aussenliegendes Eisfeld zu verzichten vorbehalten, zu einem späteren Zeitpunkt die Bereitstellung einer zweiten Eisfläche zu prüfen oder umzusetzen?
9. Wie beurteilt der Stadtrat heute die Umsetzbarkeit einer zweiten aussenliegenden Eisfläche während der Wintermonate? Mit welchen Kosten wäre zu rechnen?

Mitteilung an den Stadtrat

1513. 2019/331

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) und Christian Huser (FDP) vom 10.07.2019:

Gründung des Vereins «Made in Zürich Initiative», Angaben zu den Kosten und zur erfolgten Anschubfinanzierung sowie zur Corporate Governance und dem Einsitz der städtischen Vertretung

Von Elisabeth Schoch (FDP) und Christian Huser (FDP) ist am 10. Juli 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit Bezug auf die Antworten zur Interpellation 2018/517 und zum Verein „Made in Zürich Initiative“ stellen sich folgende weitere Fragen:

1. Gemäss verschiedenen Informationen gibt es in San Francisco eine ähnliche Initiative, welche die Stadt inspiriert hat. Wann fand die Reise nach San Francisco statt? Welche städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an der Reise teil? Gab es begleitende Unternehmen? Wenn ja, bitte namentlich erwähnen.
2. Die Stadt listet die Kosten für den Verein auf. Darin ist die Entstehung der Logos und der Webseite nicht aufgelistet. Diese Leistungen wurden jedoch gemäss erstem Protokoll der Vereinsversammlung durch die Stadt geleistet. Wie hoch ist dieser Beitrag, bitte um tabellarische Darstellung dieser internen Kosten?
3. Die Anschubfinanzierung durch die Stadt erscheint uns sehr hoch, insbesondere wenn erfolgreiche und potente Unternehmer (Freitag lab.ag, Senn Resources AG, etc.) im Vorstand mitmachen. Andere gewerbliche Interessensgruppen finanzieren sich selbst und verfügen über weitaus kleinere Budgets und kommen über die Runden. Wie wurde festgelegt, wie hoch die Anschubfinanzierung sein soll? Wurden Ziele im Zusammenhang mit dieser Anschubfinanzierung vereinbart? Warum wurden die doch sehr potenten weiteren Parteien nicht zur gleich hohen Mitfinanzierung eingeladen, resp. warum haben sie sich nur beschränkt finanziell engagiert?
4. Wie stellt sich die Stadt zur Corporate Governance in dieser Sache? Einerseits ist die Stadt Auftragnehmerin von Interessensgruppen, andererseits nimmt sie innerhalb dieses Vereins eine aktive Rolle als Interessensvertreterin wahr. Wie geht die Stadt mit diesem klaren Interessenskonflikt um?
5. Warum ist die Stadt mit zwei Personen im Vorstand vertreten? Wie lange ist dies vorgesehen? Inwiefern hat dieser Einsitz eine kompulsive Wirkung in der Mitgliederakquisition, so dass Unternehmen beitreten, weil sie es sich mit der Stadtverwaltung nicht verderben wollen oder erleichterten Zugang erhoffen?
6. Wenn diese grossen Firmen jedoch ein Interesse haben, warum ist man die Finanzierung des Vereins nicht mit Sponsoring angegangen, sondern setzt Zürcher Steuersubstrat für die Interessen von wenigen ein?
7. Richtet sich der Einsitz der städtischen Vertretung und die Aufsicht nach den Regeln der VVD?
8. Ist davon auszugehen, dass der Stadtrat auch in anderen Politikfeldern Vereine mitgründet, die ihm bei der Umsetzung seiner eigenen politischen Agenda treu zu Diensten sind? Welche Rolle spielen seines Erachtens in solch einer Konstellation der Gemeinderat (als Volksvertretung), andere nicht von der Stadt finanzierte Interessensgemeinschaften und auch andere Vereine und Verbände, welche die Aufgabe haben, das Interesse der Bevölkerung gegenüber der Stadt wahrzunehmen?

Mitteilung an den Stadtrat

Kennntnisnahmen

1514. 2019/312

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:

Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg

Das Postulat wird gemäss Beschluss des Büros vom 8. Juli 2019 zurückgewiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1515. 2019/122

Schriftliche Anfrage von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 27.03.2019:

Entwicklung des Fahrplanangebots in Affoltern, Fahrgastfrequenzen auf den Buslinien 61/62 sowie Anschlusskriterien für stadtein- und auswärts fahrende Busse am Bahnhof Affoltern

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 556 vom 26. Juni 2019).

1516. 2017/59

Weisung vom 22.03.2017:

Motion der SP-, FDP- und CVP-Fraktionen betreffend Kulturinstitutionen mit Subventionsverträgen über eine unbeschränkte Zeitdauer, Ergänzung der Verträge mit einer Bestimmung über eine Kürzung der Beiträge bei einem Bilanzfehlbetrag der Stadt, Bericht und Abschreibung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. April 2019 ist am 24. Juni 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Juli 2019.

1517. 2018/374

Weisung vom 26.09.2018:

Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Reduktion des Wohnanteils von 90 Prozent auf 0 Prozent, Oberer Heuelsteig, Reduktion des Wohnanteils von 90 Prozent auf 25 Prozent, Freie-/Englischviertelstrasse, Zürich-Hottingen, Kreis 7

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. April 2019 ist am 24. Juni 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Juli 2019.

Nächste Sitzung: 10. Juli 2019, 21 Uhr.